

Im Spannungsfeld von Tradition und Modernisierungsdruck

Arbeitsbeziehungen und Sozialstandards aus der Sicht privater Unternehmer in Vietnam

von Thomas Heberer

Der folgende Beitrag beruht auf Befragungen von Privatunternehmern in Nord-, Zentral- und Südvietnam in den Jahren 1996 und 1997. Sie rückt die Sichtweise der Unternehmer in den Mittelpunkt der Betrachtung. Der Autor konzentriert sich auf die beiden Fragen, wie Unternehmer ihre soziale Funktion im Unternehmen und ihre sozialen Pflichten sehen. Wobei die Unternehmensideologie und die Sozialstandards im Vordergrund stehen.*

Allgemein gesagt, setzen sich die lohnabhängigen Beschäftigten in Privatbetrieben aus recht unterschiedlichen Gruppen zusammen: technische und Managementfachkräfte aus Staats- oder großen Kollektivbetrieben mit überdurchschnittlicher Entlohnung, Verwandte, Freunde und Bekannte, über sonstige Beziehungen eingestellte Arbeitskräfte, über den freien Arbeitsmarkt angeworbene lokale Arbeitskräfte sowie Wanderarbeiter und -arbeiterinnen. Sie bilden also keine homogene Gruppe.

In der Regel sind Privatunternehmen noch immer relativ klein. Mehr als zwei Drittel der Betriebe haben weniger als zehn Beschäftigte, nur knapp vier % beschäftigen mehr als 50 Arbeitskräfte. Allerdings umfassen diese Daten nicht die GmbHs (durchschnittlich 53 Beschäftigte je Unternehmen) sowie die Aktiengesellschaften (106), die im Prinzip dem Privatsektor zuzuordnen sind. Die durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen sind im industriellen Sektor höher als im Agrar- oder Dienstleistungssektor. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass Privatunternehmer Familienangehörige beschäftigen, die statistisch gesehen nicht als lohnabhängige Arbeitskräfte gezählt werden. Auch die Saisonarbeiter, deren Zahl

zum Teil beträchtlich über der regulären Arbeiter liegt, gehen nicht in die offiziellen Beschäftigtenstatistiken ein. Von daher sind die Zahlen der tatsächlich Beschäftigten deutlich höher zu veranschlagen.

Unternehmerideologie

Das unternehmerische Selbstverständnis ist stark traditionell geprägt. Unternehmer begreifen sich immer noch als »Patriarchen« des Unternehmens. So ergaben unsere Befragungen, dass hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern am häufigsten der Vergleich mit der Familie genannt wurde, wobei sich der Unternehmer als »Familienvater« begriff. Über 84 % der Befragten vertraten eine solche paternalistische Auffassung. Dieser Sichtweise zufolge impliziert die Stellung des Familienvaters einerseits Gehorsam der »Familienmitglieder« (d.h. der Arbeitskräfte). Andererseits besitzt der Unternehmer gegenüber seinen Beschäftigten die idealtypische Verpflichtung, für ihr Wohl zu sorgen und sich über die Arbeit im Unternehmen hinaus um sie zu kümmern.

Nahezu die Hälfte der Befragten stimmten zugleich einer militärischen Metapher zu: 43 % waren der Ansicht, ein Unternehmer leite seine Firma wie ein General seine Armee. Im Gegensatz zum Familien-

vater betont dieses Bild die Position des Unternehmers als Befehlshaber. Die Arbeiter befolgen seine Anweisungen und erledigen ihre Arbeit mit Disziplin. Der Wettbewerb auf dem Markt wird als Kampfschauplatz gesehen, auf dem man am besten besteht, wenn man mit vereinten Kräften eine klare Strategie verfolgt, so wie eine Armee zielgerichtet in den Kampf, in die Schlacht zieht. Die regionalen Unterschiede im Antwortverhalten waren hierbei erstaunlich gering.

Dieses patriarchalisch-autoritäre Familienkonzept geht auf traditionelle Familienvorstellungen zurück. Die Familie war hierarchisch strukturiert und kannte keine Beziehungen der Gleichheit. Loyalität gegenüber dem Familienoberhaupt und — übertragen auf das Wirtschaftsleben — unbezahlte Dienst- und Arbeitsleistungen kennzeichnen das Abhängigkeitsverhältnis. Genau dieses familiäre Konzept haben viele Unternehmer heute noch im Kopf, vor allem wenn es sich bei einer Belegschaft zu einem großen Teil um Familienangehörige oder um Personen handelt, die aufgrund von Beziehungen eingestellt wurden.

Drei Viertel der Befragten betonten jedoch gleichzeitig, dass sich das Verhältnis Unternehmer-Arbeiter letztlich auf das Verhältnis »Arbeit gegen Lohn« reduziere, d.h. sich rational und unpersönlich gestalte. Die Beziehungen zu den Be-

Der Autor lehrt Politikwissenschaft und Ostasienwissenschaften an der Gerhard-Mercator Universität Duisburg

schäftigten lassen sich eben nicht ausschließlich aus einem paternalistischen Blickwinkel definieren. Der Arbeiter — so die Unternehmer — hätten eine Arbeit zu leisten, für die sie einen (im Sinne des Unternehmers) angemessenen Lohn erhielten. Diese Einstellung dürfte sich stärker auf die außerhalb der Familien- und Dorfgemeinschaft beschäftigten Personen beziehen, für die der unternehmerische Paternalismus geringere Bedeutung hat.

Das Antwortverhalten deutet darauf hin, dass die Unternehmer bereits ein relativ homogenes Selbstbild (Familienvater) und eindeutige Vorstellungen vom Verhalten der Arbeitnehmer (leistungsbezogener Lohn) besitzen. Wesentlich diffuser waren hingegen die Vorstellungen darüber, welche Faktoren die Arbeitsmoral der Arbeiter am stärksten prägen. Mit knapp 39 % wurden die Sicherheit des Arbeitsplatzes im Unternehmen und Schutz vor Kündigung am häufigsten genannt. Es überrascht nicht, dass diese Antwort mit 41 % in den Städten häufiger war als auf dem Land mit nur 35 %. Sind doch viele ländliche Arbeitskräfte als teils Arbeiter teils Bauern immer noch stark an ihren Boden gebunden, gibt es im ländlichen Raum die Möglichkeit, zur eigenen Scholle oder in die Familienwirtschaft zurückzukehren. Für Landbewohner stellt dies immer noch die wichtigste Form sozialer Absicherung dar. Für die städtischen Erwerbslosen hingegen existiert diese Möglichkeit in der Regel nicht. In diesem Sinne heben Unternehmer immer wieder ihre Bedeutung bei der Lösung des Beschäftigungsproblems und damit ihre Unverzichtbarkeit für das politische System hervor. Sie sehen sich als zentrale Institution zur Aufrechterhaltung sozialer Stabilität und versuchen sich dadurch auch politisch zu legitimieren und ihre politische Stellung zu verbessern.

Unsere Untersuchungen belegen zugleich aber, dass im Privatsektor überlange Arbeitszeiten herrschen (12-14 Arbeitsstunden bei sieben-tägiger Arbeitswoche), Kinderarbeit weit verbreitet ist und Arbeitsunfälle aufgrund mangelnden Arbeitsschutzes häufig sind. Lediglich ein kleiner Teil der Beschäftigten im nichtstaatlichen Sektor besitzt Arbeitsverträge. Einer vietnamesischen Umfrage in nichtstaatlichen Unter-

nehmen in Ho-Chi-Minh-Stadt zufolge erklärten 70 % der befragten Arbeiter, sie wüssten nichts über das Arbeitsgesetz des Landes. Obwohl die Mehrheit der Unternehmer die Bereitschaft äußerte, ihren Beschäftigten gewisse Sozialleistungen und bessere Arbeitsbedingungen zu bieten, entsprachen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Privatunternehmen realiter in vieler Hinsicht frühkapitalistischen Verhältnissen. Diese Diskrepanz erklärten die meisten Unternehmer mit dem immer noch schwachen wirtschaftlichen Leistungsvermögen und der schwachen Konsolidierung ihres Unternehmens, die eine Übernahme sozialer Leistungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen noch nicht erlaube. Schließlich müssten sie sich zunächst gegen die Vorzugsstellung der Staatsbetriebe behaupten, was ohne niedrige Arbeitsstandards kaum möglich sei.

bereit, einen finanziellen Eigenbeitrag zu leisten. Das gilt für die Krankenversicherung ebenso wie für die Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Da die Unternehmen überwiegend klein und wenig kapitalkräftig sind, wurde die Frage von Versicherungsbeiträgen als eher utopisch und gegenwärtig inakzeptable Belastung empfunden. Da es auf dem Land keine öffentliche soziale Absicherung gibt, sondern im Gegensatz zur Stadt die Familie soziales Auffangbecken ist, ist die Idee, die Landbewohner in die öffentliche Sozialversorgung einzubeziehen, ohnehin wenig populär und wird noch nicht als soziale Notwendigkeit oder Verpflichtung erkannt. Lediglich im Bereich der Krankenversicherung stimmte die Mehrheit der befragten Unternehmer zu. Hierbei spielt auch eine eigennützige Überlegung eine Rolle. Ein kranker Arbeiter erbringt eine verminderte oder gar keine Leistung. Seine



Arbeiten für den Patron

Foto: K.W. Endres

Unternehmer und Sozialleistungen

Ein erheblicher Prozentsatz der befragten Unternehmer lehnte die Übernahme von Sozialleistungen generell ab und begriff die Einführung solcher Leistungen eher als Aufgabe staatlicher Politik. Weniger als 50 % der Befragten waren jedoch der Meinung, Unternehmer sollten zumindest partiell Arbeitslosen- und Rentenversicherungsbeiträge übernehmen. Die ländlichen Unternehmer erklärten sich nur zu einem geringen Prozentsatz

schnelle Gesundung liegt daher im Interesse des Arbeitgebers (insofern dieser den Arbeiter nicht einfach entlassen will oder kann). Überdies befreit eine Krankenversicherung den Unternehmer von der sozialen Verpflichtung einer Entschädigung oder Abfindung aus eigener Tasche und trägt damit zur Rationalisierung des Unternehmensablaufs bei.

Auffällig ist hier ebenso wie bei allen drei Versicherungskomponenten die hohe Zustimmungsraten der mittelvietnamesischen Unternehmer, da diese beträchtlich von derjenigen der nord- und südvietnamesischen Unternehmer abweicht. Wäh-

rend die Mehrheit einen eigenen finanziellen Beitrag zur Renten- und Arbeitslosenversicherung ablehnt (56,5 % und 51,4 %), fand dieser bei den mittelvietnamesischen Unternehmern (mit jeweils 70 %) durchaus große Zustimmung und dies, obwohl die dortigen Privatunternehmer im Durchschnitt schlechter gestellt sind als ihr südvietnamesisches Pendant. Unter den drei untersuchten Regionen ist die zentralvietnamesische die ärmste, so dass hier der größte Bedarf an sozialer Sicherung zu bestehen scheint. Möglicherweise sind die Unternehmer daher in Mittelvietnam auch am ehesten bereit, einen finanziellen Eigenbeitrag dazu zu leisten.

Die Mehrzahl der befragten Unternehmer erkannte indessen eine soziale Verpflichtung durchaus an: Über die Hälfte lehnte die Aussage, »der Unternehmer soll sich nur um wirtschaftliche Leistung kümmern, für gesellschaftliche Leistungen ist der Staat zuständig« ab, nur ein kleiner Prozentsatz stimmte ihr rundum zu. Allerdings war ein größerer Prozentsatz der Befragten (über 40 %) ganz oder teilweise der Meinung, soziale Leistungen seien Aufgabe des Staates, wobei dieser Gedanke im Norden, wo der (sozialistische) Staat ohnehin diese Aufgabe über Jahrzehnte hinweg wahrgenommen hatte, stärker verbreitet war.

Auch im ländlichen Raum war diese Ansicht verbreiteter als im urbanen. Im Ersteren mag die moralische Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft noch mehr verankert sein, scheint in geringerem Ausmaß pures ökonomisches Kalkül vorzuherrschen. Indem Privatunternehmer die Gemeinschaft an ihrem Wohlstand teilhaben lassen, wächst ihr Prestige und verringert sich der behördliche und individuelle Neid. Eine solche Verpflichtung stellt keineswegs ein neues Phänomen dar. In bäuerlichen Gesellschaften wie Vietnam bestehen traditionell feste Verpflichtungen gegenüber den Dorfgemeinschaften: Von zu Wohlstand gekommenen Mitbewohnern eines Dorfes bzw. von Clanangehörigen wird erwartet, dass sie den Wohlstand mit den Mitgliedern dieser Bezugsgruppe bzw. dem gesamten Dorf teilen oder diesen unterstützend unter die Arme greifen. An dieser moralischen Verpflichtung hat sich bis heute relativ wenig geändert. Von

daher widerlegen die Ergebnisse im Prinzip die Behauptung, Privatunternehmer seien reine »kapitalistische Ausbeuter«, die nur an Profit dächten. Vielmehr kommt darin partiell auch das Gefühl der Verantwortung gegenüber der Bezugsgemeinschaft zum Ausdruck.

Unsere Frage, ob Sozialleistungen erst gewährt und die Arbeitsbedingungen erst verbessert werden könnten, wenn der Unternehmer gut verdiene, fand keine Mehrheit. Die absolute Mehrheit der Befragten war der Meinung, es sei an der Zeit, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen für die Beschäftigten schon jetzt zu verbessern (61,3 %)



Foto: K.W. Endres

Wer zahlt die Sozialleistungen?

und nur geringe Prozentsätze (7,5 %) argumentierten, dies sei aufgrund der gegenwärtigen Unternehmenskapazitäten noch verfrüht. Immerhin nahezu ein Drittel (31,2 %) hielt die Bedingungen dafür nur bedingt für gegeben und sprach sich für eine schrittweise Umsetzung aus. Die Bereitschaft der Unternehmer auf dem Land war stärker ausgeprägt als in den Städten, wobei die regionalen Unterschiede zum Teil beträchtlich waren. Im sozialistisch sozialisierten Norden waren nur 54,7 % für eine Verbesserung unabhängig von der Ertragslage eines Unternehmens, im Süden hingegen 67,9 %. Dies mag an der schwächeren Betriebsentwicklung im Norden liegen, unter Umständen auch an dem größeren politischen Legitimierungsdruck der Unternehmer im Süden.

Insgesamt gesehen, bewegt sich die Sichtweise der Unternehmer

von den Arbeitsbeziehungen im Spannungsfeld von Tradition und Modernisierungsdruck. Einerseits wirken noch traditionelle, gemeinschaftsbezogene Sozialverpflichtungen, andererseits bedingen die Vorzugsstellung der Staatsbetriebe und der Druck des Weltmarktes, dass die neuen Privatunternehmer sich vermeintlich nur halten und entwickeln können, wenn sie frühkapitalistische Arbeitsstandards aufrechterhalten. Zwar ist die Erkenntnis da, dass es eines sozialen Netzes für die Beschäftigten bedarf, aber gegenwärtig halten viele Unternehmer dies aus Kosten- und Wettbewerbsgründen für noch verfrüht. Der Staat toleriert dies,

weil der Privatsektor durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, die für den Staat kostenneutral sind, den Beschäftigungsdruck mildert und damit den maroden Staatssektor entlastet.

Anmerkung

*) Unternehmerinnen konnten leider nicht befragt werden, da alle Adressen, die von vietnamesischer Seite zur Verfügung gestellt wurden, ausschließlich von Männern also Unternehmern waren.

Mehr zu diesem Thema kann man in dem soeben erschienenen Buch des Autors nachlesen:

Thomas Heberer, Unternehmer als strategische Gruppen: Zur sozialen und politischen Funktion von Unternehmern in China und Vietnam. Hamburg (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Bd. 331) 2001.